

Jens Gmeiner

## Die schwedische Reichstagswahl vom 14. September 2014 – Schwierige Mehrheitsverhältnisse und das Ende des schwedischen Exzeptionalismus

### 1. Einleitung

Die schwedische Reichstagswahl vom 14. September 2014 hat zweifellos mehr Fragen aufgeworfen als Antworten geliefert. Zwar kehrte die einstige hegemoniale sozialdemokratische Arbeiterpartei (*Socialdemokratiska arbetarepartiet*, SAP) nach acht Oppositionsjahren in die Regierung zurück und beendete damit die längste bürgerliche Regierungsperiode der Nachkriegszeit. Aber gleichwohl sorgte der Wahlausgang für einen bitteren Beigeschmack, da die rechtspopulistischen Schwedendemokraten (*Sverigedemokraterna*) mit fast 13 Prozent der abgegebenen Stimmen als klarer Gewinner aus der Wahl hervorgingen. Damit ist nun auch in Schweden – dem letzten der drei skandinavischen Länder – eine stimmenmäßig relativ erfolgreiche rechtspopulistische Partei im Parlament etabliert. Durch die erdrutschartigen Zugewinne der Rechtspopulisten konnte keiner der beiden Blöcke, weder der Mitte-Links-Block, bestehend aus Sozialdemokraten, Grünen (*Miljöpartiet/De Gröna*) und Linkspartei (*Vänsterpartiet*), noch die bürgerliche Vier-Parteienkoalition unter Führung der liberal-konservativen Moderaten Sammlungspartei (*Moderata Samlingspartiet*), eindeutige Mehrheiten erzielen.

Die Mitte-Links-Parteien erlangten 4,4 Prozentpunkte mehr als die bürgerliche Vier-Parteienkoalition, im Vergleich zur Wahl 2010 blieb das Ergebnis der drei Mitte-Links-Parteien allerdings identisch. »Die rotgrünen Parteien haben die Wahl nicht gewonnen – die bürgerlichen haben sie verloren«<sup>1</sup>, fasste der schwedische Journalist Göran Eriksson das Wahlergebnis folgerichtig zusammen.

Die schwedische Reichstagswahl 2014, so deuteten bereits Analysen vor der Wahl an, hat nicht für stabile Mehrheiten gesorgt, sondern die Kräfte – abseits der beiden Parteiblöcke – im schwedischen Parteiensystem gestärkt.<sup>2</sup> Die Schwedendemokraten, die bisher von allen anderen Parteien ignoriert und isoliert werden, sind somit das Zünglein an der Waage zwischen den parteipolitischen Blöcken. Diese Machtfülle der Schwedendemokraten führte soweit, dass die Rechtspopulisten den Haushaltsentwurf der neu gewählten rot-grünen Minderheitsregierung unter Führung des sozialdemo-

1 Göran Eriksson, »Bitterljuv seger för Stefan Löfven« in: *Svenska Dagbladet*, 15.9.2014.

2 Vgl. Torbjörn Nilsson, »Maktens mardröm« in: *Fokus*, 27.6.2014.

kratischen Ministerpräsidenten Stefan Löfven Anfang Dezember 2014 zu Fall brachten und eine Regierungskrise auslösten.

Der Fokus dieses Artikels liegt deshalb vor allem auf dem Erfolg der Schwedendemokraten, dem Wahlkampf und den strukturellen Verschiebungen des schwedischen Parteiensystems. Dies ist deshalb relevant, weil durch die Erfolge der Schwedendemokraten selbst Minderheitsregierungen, die in Schweden durch institutionelle Rahmenbedingungen begünstigt werden, keine Stabilität mehr versprechen.<sup>3</sup> Zudem soll das Augenmerk auf die schwedische Sozialdemokratie gerichtet werden, da durch die Erosionstendenzen der einstigen »Hegemonialpartei«<sup>4</sup>, neue Bündnisoption notwendig werden.

Die zentrale These des Artikels besteht darin, dass mit der Wahl 2014 der schwedische Exzeptionalismus endgültig ein Ende gefunden hat. Diese schwedische Sonderstellung<sup>5</sup> zeichnete sich lange Zeit durch eine außerordentlich starke sozialdemokratische Partei, vergleichsweise schwache Rechtspopulisten und eine hohe gesellschaftliche und ökonomische Gleichheit aus.<sup>6</sup> Wie der nachfolgende Artikel postuliert, gibt es starke empirische Indizien dafür, dass sich diese charakteristischen Strukturmerkmale der schwedischen Politik in Auflösung befinden und damit schwierige Mehrheitsverhältnisse in Zukunft wahrscheinlicher werden.

Der Beitrag gliedert sich wie folgt: Zuerst wird ein Überblick über die Entwicklungen des schwedischen Parteienwettbewerbs gegeben und die Bündnispolitik ab 2006 skizziert. Danach werden kurz die Krisensymptome der schwedischen Sozialdemokratie angeschnitten, bevor der Wahlkampf und die Ergebnisse der Reichstagswahl 2014 für das politische System Schwedens diskutiert werden.

3 Zur Spielart des skandinavischen Minderheitsparlamentarismus siehe Kaare Strøm / Torbjörn Bergman, »Partierna och regeringsmakten« in: Marie Demker / Lars Svåsand (Hg.), *Partiernas århundrade. Fempartimodellens uppgång och fall i Norge och Sverige*, Stockholm 2005, S. 279-329.

4 Als Hegemonialpartei wird eine Partei angesehen, die eine elektorale und gouvernementale Dominanz über mehrere Jahre aufweisen kann. Die SAP regierte fast ununterbrochen von 1932 bis 1976 und erreichte bis Anfang der 1990er Jahre immer mehr als 40 Prozent der Stimmen. Die Partei regierte größtenteils alleine in Minderheitsregierungen und stand häufig einer fragmentierten bürgerlichen Opposition gegenüber. Vgl. zur Dominanz der SAP Torsten Svensson, *Socialdemokraternas dominans. En studie av den svenska socialdemokraternas partistrategi*, Uppsala 1994; vgl. Francis Sejersted, *Socialdemokraternas tidsålder: Sverige och Norge under 1900-talet*, Stockholm 2005.

5 Die sozialen und ökonomischen Transformationen des Wohlfahrtsstaates sind allerdings weit- aus früher zu datieren. Während einige Forscher den Beginn dieser Transformationen in den 1970er Jahren sehen, teile ich die Auffassung von Henningsen und Stråth, dass sich Anfang der 1990er Jahre »die Einzigartigkeit des schwedischen Wohlfahrtsstaates aufgrund der ökonomischen Krise, der sich auch in Schweden ausbreitenden Haushaltskrise und der politisch-intellektuell verändernden ideologischen Rahmenbedingungen [...] zugunsten »europäischer« subsidiärer Lösungen« auflöste. Bernd Henningsen / Bo Stråth, »Die Transformation des schwedischen Wohlfahrtsstaates. Ende des »Modells«? in: *Jahrbuch für Politik* 5 (1995), Halbband 2, Baden-Baden 1995, S. 221-246, hier S. 233.

6 Siehe zum Ende des schwedischen Exzeptionalismus auch Bo Rothstein, »The End of Swedish Exceptionalism« in: *Foreign Affairs*, 18.9.2014 (<<http://www.foreignaffairs.com/articles/141998/bo-rothstein/the-end-of-swedish-exceptionalism>> am 5.4.2015).

## 2. Hintergrund: Parteienwettbewerb und Bündnispolitik seit 2006

Der schwedische Parteienwettbewerb hat sich seit der Wahl 2006 in Schweden drastisch gewandelt. Diese Veränderung ist vor allem darauf zurückzuführen, weil sich die bürgerlichen Parteien ab dem Jahr 2004 gemeinsam auf ein Bündnis verständigten und als kohärenter Block gegen die sozialdemokratische Minderheitsregierung bei der Wahl 2006 auftraten. Damit wurden die Möglichkeiten, für eine sozialdemokratische Minderheitsregierung blockübergreifende Mehrheiten zu sichern und die bürgerlichen Parteien gegeneinander auszuspielen, begrenzt.<sup>7</sup>

Die bürgerliche »Allianz für Schweden« (*Allians för Sverige*), bestehend aus den liberal-konservativen Moderaten, der liberalen Volkspartei (*Folkpartiet/Liberalerna*), der Zentrumspariet (*Centerpartiet*) und den Christdemokraten (*Kristdemokraterna*), stellte die bisher engste Kooperation im bürgerlichen Lager dar. Zwar gab es bereits in den Jahren 1976 bis 1982 und von 1991 bis 1994 bürgerlich geführte Regierungen. Diese waren allerdings relativ fragil und zerbrachen an Steuer- und Umweltthemen, welche die Fragmentierung im Mitte-Rechts-Spektrum nur zu deutlich zu Tage treten ließen. Die bürgerlichen Parteien in Schweden konkurrierten zudem häufig untereinander um ähnliche Wählergruppen, weshalb es den Parteien an Einigkeit fehlte. Der bürgerliche Wähler in Schweden ist statistisch gesehen der mobilste und wechselt häufiger die Partei im eigenen Block.<sup>8</sup>

Im Vergleich waren die bürgerlichen Vorgängerregierungen weder programmatisch, noch personell so harmonisch aufgetreten wie die »Allianz«, die maßgeblich von der damaligen Zentrumsvorsitzenden Maud Olofsson und dem 2003 gewählten Vorsitzenden der Moderaten, Fredrik Reinfeldt, angestoßen wurde.<sup>9</sup> Obwohl noch immer politische Unterschiede zwischen den vier bürgerlichen Parteien bestanden und jede Partei bestimmte Kernfragen thematisieren sowie Kernmilieus ansprechen musste, traten die vier Parteivorsitzenden regelmäßig gemeinsam auf.<sup>10</sup> In zentralen Politikfeldern bildeten die bürgerlichen Parteien Arbeitsgruppen, deren Ergebnisse später in einen Haushaltsentwurf und ein gemeinsames Wahlmanifest einfließen.

Essenziell für die Annäherung der bürgerlichen Parteien war dabei die Neuausrichtung der Moderaten unter Fredrik Reinfeldt, der 2003 zum neuen Vorsitzenden der Partei gewählt wurde.<sup>11</sup> Unter Reinfeldt firmierten die Moderaten ab den Jahr 2005 unter dem Label »Neue Moderate« (*Nya Moderaterna*) und nannten sich provozie-

7 Vgl. Peter Santesson-Wilson, »Socialdemokraterna. Från minoritetsregering till koalitions-partner« in: *Statsvetenskaplig Tidskrift* 111, Nr. 2 (2010), S. 153-163, hier S. 161.

8 Vgl. Bernd Henningsen, »Der schwedische Typus des skandinavischen Parteiensystems« in: Ralf Kleinfeld / Wolfgang Luthardt, (Hg.), *Westliche Demokratien und Interessenvermittlung. Beiträge zur aktuellen Entwicklung nationaler Parteien- und Verbändesysteme*, Marburg 1993, S. 131-143, hier S. 142.

9 Vgl. Anita Kratz, *Reinfeldt. Ensamvargen*, Stockholm 2009, S. 229.

10 Vgl. Sven Jochem, »Die Reichstagswahl 2006. Eine Zäsur in der schwedischen Parteiengeschichte« in: *NORDEUROPAforum*, Nr. 2 (2006), S. 5-24, hier S. 11.

11 Zur Person Reinfeldt vgl. Ulf Kristofferson, *Fredrik Reinfeldt – i huvudrollen*, Stockholm 2006.

rend in Richtung der Sozialdemokraten die »neue Arbeitspartei«, um die sozialdemokratische Minderheitsregierung an ihrem wunden Punkt zu treffen.<sup>12</sup> Denn trotz guter Konjunktur lagen die offiziellen Arbeitslosenzahlen Anfang 2005 immer noch offiziell bei über sieben Prozent. Reinfeldt monierte jedoch, dass die eigentlichen Zahlen weit aus höher liegen würden, weil Frührentner und Krankengeschriebene nicht in der Statistik auftauchen würden. Die aktivierende »Arbeitspolitik« (*arbetslinje*) der Moderaten hatte das Ziel, eine Vielzahl der »Outsider« des Arbeitsmarktes durch Senkung der Lohnnebenkosten und Sozialkürzungen in den Arbeitsmarkt wieder zu integrieren.<sup>13</sup> Steuersenkungen, noch immer das Hauptziel der Moderaten, sollten nun vor allem Niedrig- und Mittelverdienern zukommen, um Arbeit deutlicher zu belohnen als »Beitragsabhängigkeit«. Gleichzeitig verzichteten die Moderaten unter Führung des jungen Reinfeldt darauf, die mächtigen Gewerkschaften direkt anzugreifen und den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat grundlegend in Frage zu stellen.<sup>14</sup> Während Reinfeldt und seine »neuen Moderaten« auf der einen Seite die angeblich ungerechte Relation zwischen Arbeit und »Beitragsabhängigkeit« thematisierten, um Steuersenkungen für Niedrig- und Mittelverdiener zu begründen, suggerierten die Moderaten auf der anderen Seite das wohlfahrtsstaatliche Erbe der Sozialdemokraten nicht antasten zu wollen.<sup>15</sup>

Ebenso wichtig wie die Neuausrichtung der Moderaten waren die Kurswechsel der drei anderen bürgerlichen Parteien für die Bildung der »Allianz«. Diese hatten bereits vor der Reichstagswahl 2002 – meist aufgrund schwacher Wahlergebnisse – einen Schwenk nach rechts eingeleitet. Die eher sozialliberale Volkspartei hatte 2002 mit einer Law-und-Order Politik und der Forderung nach Sprachtests für Einwanderer ein fulminantes Ergebnis von 13,4 Prozent erzielt, während die agrarische Zentrumsparter unter der 2001 gewählten Vorsitzenden Maud Olofsson einen wirtschaftsfreundlichen Kurs einschlug, um Kleinunternehmer und urbane Wählergruppen zu gewinnen.<sup>16</sup> Die »Allianz« gewann mit einem geschlossenen Wahlkampf die Wahl 2006 und wilderte mit dem Kernthema Arbeitslosigkeit kräftig im Wählerreservoir der Sozialdemokraten. Fredrik Reinfeldt wurde zum Ministerpräsidenten gewählt und führte nach fast einem Vierteljahrhundert zum ersten Mal wieder eine Mehrheitsregierung an.

- 12 Siehe zur Wandlung der Moderaten unter anderem Aron Etzler, *Reinfeldteffekten. Hur Nya Moderaterna tog över makten i Sverige och skakade Socialdemokraterna i grunden*, Stockholm 2013; vgl. Anders Pihlblad, *Ett partis fall och uppgång. Berättelsen om de nya Moderaterna*, Stockholm 2012; vgl. Kratz, Ensamvargen, aaO. (FN 9).
- 13 Vgl. Magnus Dahlstedt, *Aktiveringens politik: Demokrati och medborgarskap för ett nytt millennium*, Stockholm 2009, S. 42.
- 14 Vgl. Nicholas Aylott / Niklas Bolin, »Towards a Two-Party System? The Swedish Parliamentary Election of September 2006« in: *West European Politics* 30, Nr. 3 (2007), S. 621–633, hier S. 625.
- 15 Vgl. Christine Agius, »Sweden's 2006 Parliamentary Election and After: Contesting or Consolidating the Swedish Model?« in: *Parliamentary Affairs* 60, Nr. 4 (2007), S. 585–600, hier S. 587.
- 16 Zur Zentrumsparter vgl. Malena Rosén Sundström / Mikael Sundström, »Ett smalare men vassare Centerparti?« in: *Statsvetenskaplig Tidskrift* 111, Nr. 2 (2010), S. 189–202, hier S. 195.

Die Sozialdemokraten, die seit 1994 in einer Minderheitsregierung erst mit der partiellen Unterstützung der Zentrumspartei und dann mit der Einbindung von Grünen und Linkspartei regiert hatten, befanden sich nach der Wahlniederlage in einer Umbruchphase. Die SAP erreichte mit 35 Prozent bei der Wahl 2006 ihr schlechtestes Ergebnis seit 1914 und verlor damit fast fünf Prozentpunkte. Göran Persson, Parteivorsitzender der SAP seit dem Jahr 1996, zog aus der Wahlniederlage Konsequenzen und trat auf dem Parteitag 2007 in Stockholm zurück. Seine Nachfolgerin Mona Sahlin, die als sozialliberale ModernisiererIn galt, war nicht nur die erste Frau an der Spitze der SAP, sondern baute zudem auf eine formalisierte rot-rot-grüne Koalition<sup>17</sup>, die im Vorfeld der Wahl 2010 einen kohärenten Gegenpol zur bürgerlichen Bündnispolitik bilden sollte. Die Kooperation sorgte gleichwohl in der eigenen Partei für Irritationen und Blockadehaltungen, da zum einen die wachstumsaffine gewerkschaftliche Koalition in der Partei, einer engen Kooperation mit der Umweltpartei kritisch gegenüberstand, auf der anderen Seite allerdings die urbanen Parteidistrikte durch die Einbindung der Linkspartei übermäßige Steuererhöhungen und eine Radikalisierung der Außenpolitik befürchteten.<sup>18</sup>

Bei der Reichstagswahl 2010 ging die Strategie der Sozialdemokraten mit einem Mitte-Links-Bündnis die »Allianz« und Fredrik Reinfeldt herauszufordern, nicht auf. Die Sozialdemokraten verloren nach der Wahl erneut mehr als vier Prozentpunkte und landeten nur noch knapp vor der Moderaten Sammlungspartei, die mit 30 Prozent das beste Resultat ihrer Geschichte erzielte. Die Bündnispolitik der Sozialdemokraten, so deuteten Studien an, hatte die fragile Wählerkoalition der SAP zusätzlich erodieren lassen. Die Partei verlor vor allem urbane Wähler in den Mittelschichten, die sich aufgrund der Kooperation mit der Linkspartei von den Sozialdemokraten abgewendet hatten. Allerdings brach der Zuspruch ebenfalls bei der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse ein.<sup>19</sup>

Neben den liberal-konservativen Moderaten stellten die Schwedendemokraten die Sieger der Reichstagswahl 2010 dar. Der rechtspopulistischen Partei gelang mit 5,7 Prozent zum ersten Mal der Einzug in das Parlament. Die 1988 gegründeten Schwedendemokraten sind – im Gegensatz zu den rechtspopulistischen Schwesterparteien in Dänemark und Norwegen – nicht als wohlfahrtsstaatskritische Steuerprotestpartei entstanden, sondern gründen sich teilweise auf Gruppierungen im rechtsextremen und neofaschistischen Milieu.<sup>20</sup> Die Parteiführung der Schwedendemokraten war sich dieses Stigmas bewusst und versuchte mit aller Kraft, sich einen demokratischen Anstrich zu verpassen und zumindest öffentlich alle Verbindungen zu rechtsextremen Vereini-

17 In Schweden spricht man nur von den Rotgrünen (De Rödgröna).

18 Vgl. Christer Isaksson, *I väntan på Mona Sahlin*, Stockholm 2009, S. 395ff.

19 Vgl. Jens Gmeiner, »Die schwedische Parlamentswahl 2010. Hochphase und Endpunkt der starren Blockpolitik?« in: *NORDEUROPAforum*, Nr. 1 (2011), S. 73–96, hier S. 91.

20 Vgl. Anna-Lena Lodenius, »Sverigedemokraternas historia« in: Håkan A. Bengtsson (Hg.), *Högerpopulismen. En antologi om Sverigedemokraterna*, Stockholm 2009, S. 11–41, hier S. 15ff.

gungen zu kappen.<sup>21</sup> Für diesen Prozess spielte insbesondere der 2005 gewählte Vorsitzende Jimmie Åkesson eine zentrale Rolle. Åkesson setzte sich nach internen Fraktionskämpfen gegen den damaligen Vorsitzenden Mikael Jansson durch und initiierte einen organisatorischen und programmatischen Modernisierungsprozess, der die Partei aus der rechten Ecke holen sollte.<sup>22</sup>

Durch den Einzug der Schwedendemokraten, die abseits der beiden parteipolitischen Blöcke standen, verlor die bürgerliche Allianz zwar ihre absolute Mehrheit im schwedischen Reichstag, konnte gleichwohl aufgrund des in Schweden institutionalisierten »negativen Parlamentarismus« mit relativer Mehrheit weiterregieren. Solange keine Mehrheit gegen die bürgerliche Regierung stimmte, was angesichts der fragmentierten Opposition in einen Mitte-Links-Block und die rechtspopulistischen Schwedendemokraten unwahrscheinlich war, konnte die »Allianz« relativ sicher weiterregieren. Blockübergreifende Kooperationen mit den Grünen über die Migrationspolitik oder mit den Sozialdemokraten über den Afghanistaneseinsatz schwedischer Truppen blieben dabei die Ausnahme.

### 3. Die Krisensymptome der schwedischen Sozialdemokratie

Die Vorsitzende der Sozialdemokraten Mona Sahlin, die maßgeblich an der erstmaligen Bildung des rot-rot-grünen Bündnisses beteiligt gewesen war, kündigte nach parteiinterner Kritik vom linken Flügel und dem Jugendverband SSU an, im März 2011 von der Parteispitze zurückzutreten. Ihr Nachfolger, der unbekannte Verteidigungsexperte Håkan Juholt, der eher dem linken gemäßigten Spektrum zuzuordnen war, amtierte danach nur zehn Monate. Am Ende stolperte Juholt nicht nur über eigene Fehler und Kommunikationspannen, sondern weil gezielt Verfehlungen wohl aus den eigenen Reihen an die Presse weitergegeben wurde.<sup>23</sup> Die Partei stand damals fast am Abgrund und gab ein katastrophales Außenbild ab.<sup>24</sup> Der ehemalige Gewerkschaftsvorsitzende der Industriegewerkschaft Metall (*IF Metall*) Stefan Löfven wurde Ende Januar 2012 zum vierten Vorsitzenden der SAP seit dem Jahr 1996 ernannt.

Um die personelle Dimension der Krise der SAP deutlich zu machen: Zwischen 1925 und 1996, also innerhalb von 71 Jahren, amtierten genau so viele Personen als Vorsitzende der SAP wie zwischen 1996 und 2012. Allerdings sind diese Personalrochaden an der Spitze der Partei vor allem als Ausdruck einer inhaltlichen Identitätskri-

21 Vgl. Gmeiner, Die schwedische Parlamentswahl 2010, aaO. (FN 19), S. 87.

22 Vgl. Anders Widfeldt, »Party Change as a necessity – The Case of the Sweden Democrats« in: *Representation* 44, Nr. 3 (2008), S. 265–276.

23 Siehe zum Sturz von Juholt Törbjörn Nilsson, »Regisserad reträtt« in: *Fokus*, 28.1.2012; vgl. auch Jens Gmeiner, »Eiszeit in der einstigen sozialdemokratischen Hochburg Schweden« in: *Blog des Göttinger Instituts für Demokratieforschung*, 25.1.2012 (<<http://www.demokratie-gottingen.de/blog/eiszeit-in-der-einstigen-sozialdemokratischen-hochburg-schweden>> am 5.4.2015).

24 Vgl. Tommy Möller / Margit Silberstein, *En marsch mot avgrunden. Socialdemokratins svarta år*, Stockholm 2013.

se und eines strukturellen Abwärtstrends zu verstehen, der sich augenfällig in sinkenden Wahlergebnissen und Mitgliederzahlen manifestiert (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Wahlergebnisse und Mitgliederzahlen der schwedischen Sozialdemokratie von 1962-2014

Jahr	Wahlergebnis in %	Mitgliederzahlen
1962	50,5	836 012
1966	42,2	885 832
1970	45,8	890 070
1973	43,8	952 519
1976	42,7	1 074 495
1979	43,2	1 188 959
1982	45,6	1 229 703
1985	44,7	1 203 785
1988	43,2	1 116 218
1991	37,7	260 436*
1994	45,3	259 108
1998	36,4	177 316
2002	39,9	152 462
2006	35,0	120 910
2010	30,7	108 534
2014	31,0	101 674

Quelle: Marie Demker / Lars Svåsand, (Hg.), *Partiernas århundrade. Fempartimodellens uppgång och fall i Norge och Sverige*, Stockholm 2005, S. 437f. und Geschäftsberichte der SAP ab 2008, (<<http://www.socialdemokraterna.se/Vart-parti/Partistyrrelse/Verksamhetsberattelse/>> 6.4.2015).

\* Die kollektive Mitgliedschaft von LO-Gewerkschaften mit der SAP wurde 1990 aufgelöst.

Die SAP, die als Kind der Industriegesellschaft geboren wurde, bezog ihre Stärke immer aus dem ökonomischen Links-Rechts-Gegensatz, der in Schweden lange Zeit die wichtigste Konfliktlinie verkörperte.<sup>25</sup> Die gravierenden Veränderungen in der schwedischen Klassenstruktur und die Generationswechsel haben das dichtmaschige Milieu der Arbeiterbewegung und deren Vorfelddorganisationen kräftig aufweichen lassen.<sup>26</sup> Mit der Auflösung der Industriegesellschaft, der Krise des keynesianischen Wohl-

25 Vgl. Sten Berglund / Ulf Lindström, *The Scandinavian Party System(s). A Comparative Study*, Lund 1978, S. 18.

26 Vgl. hierzu Kjell Östberg / Jenny Andersson, *Sveriges Historia 1965-2012*, Stockholm 2013, S. 456ff.

fahrtsparadigmas und der Etablierung neuer Konfliktmuster geriet auch die SAP in einen Abwärtstrend, der durch die veränderten Bedingungen des Parteienwettbewerbs seit 2006 besonders sichtbar wurde.<sup>27</sup>

Besonders die Transformation des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates ab den 1980er Jahren zehrte am Nimbus der schwedischen SAP.<sup>28</sup> Denn der Sozialstaat verkörperte immer auch eine elektorale *und* eine normative Machtressource, die heterogene Wählermilieus an die Sozialdemokratie band und kollektive Gerechtigkeitsvorstellungen reproduzierte. Die Institutionalisierung des Wohlfahrtsstaates und des Arbeitsmarktes wirkte zurück auf die schwedische Gesellschaft und beeinflusste die Stärke der Arbeiterbewegung.<sup>29</sup>

Dagegen führte die Öffnung des öffentlichen Sektors für private Dienstleister seit den 1980er Jahren zunehmend zu einer »Vermaktlichung« des Wohlfahrtsstaates, während die Sozialdemokraten im Zuge der Banken- und Wirtschaftskrise der 1990er Jahre Fundamente des Monetarismus akzeptierten.<sup>30</sup> Massenarbeitslosigkeit und Armut waren die Begleiterscheinungen dieser Krise zu Beginn der 1990er Jahre, als das schwedische Selbstbild eines »Musterlandes« dramatische Risse bekam. Parallel führte die Arbeitslosigkeit, die alle Sektoren der Wirtschaft betraf, zu hohen Haushaltsdefiziten und Kürzungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge.<sup>31</sup> Der Gleichheitsgedanke wurde seit Mitte der 1990er Jahre von einer individuellen Chancenrhetorik abgelöst, Arbeitslosigkeit vor allem als individuelles, und nicht mehr als gesellschaftliches Problem definiert.<sup>32</sup> Die institutionellen und normativen Paradigmen der Solidarität und Gleichheit, die in der wohlfahrtsstaatlichen Moralökonomie reproduziert wurden, haben seitdem spürbar an Wirkungskraft verloren.

Nach Stephan Lessenich lässt sich die Zukunft des Wohlfahrtsstaates damit zunehmend als »Kampf um Reziprozität(en)«<sup>33</sup> charakterisieren, also als Konfliktlinie innerhalb wohlfahrtsstaatlicher Verteilungsbeziehungen, was Interessensgegensätze von Leistungserbringern und Leistungsempfängern impliziert. Gerade diese Konfliktlinie

27 Vgl. auch Sven Jochem, »Die schwedische Reichstagswahl vom 19. September 2010 – Zur Logik einer sich auflösenden sozialdemokratischen Hochburg« in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Nr. 1 (2011), S. 98–111.

28 Vgl. zur Transformation des Wohlfahrtsstaates Sven Jochem, »Wandel und Zukunftsaussichten des schwedisch-sozialdemokratischen Modells« in: *Leviathan* 38, Nr. 2 (2010), S. 227–249.

29 Vgl. Bo Rothstein, »Labour-market Institutions and Working-Class Strength« in: Julia S. O'Connor / Greg M. Olsen (Hg.), *Power Resources Theory and the Welfare State. A critical Approach*, Toronto 1998, S. 283–311.

30 Vgl. Anders Ivarsson Westerberg / Ylva Waldemarson / Kjell Östberg, »Vad var det som hände?« in: dies. (Hg.), *Det långa 1990-talet: När Sverige förändrades*, Umeå 2014, S. 441–457, hier S. 454.

31 Vgl. Östberg / Andersson, *Sveriges Historia 1965–2012*, aaO. (FN 26), S. 366f.

32 Vgl. Jenny Andersson, *När framtiden redan hänt. Socialdemokratin och folkhemsnostalgin*, Stockholm 2009, S. 102.

33 Stephan Lessenich, »Relations matter: De-Kommodifizierung als Verteilungsproblem« in: ders. / Ilona Ostner (Hg.), *Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive*, Frankfurt a.M. / New York 1998, S. 91–108, hier S. 103.



von »Insidern« und »Outsidern« des Arbeitsmarktes wurde von den bürgerlichen Parteien bei den Wahlen 2006 und 2010 gezielt politisiert, um die sozialdemokratische Wählerkoalition aufzubrechen.<sup>34</sup>

Das Argument der bürgerlichen Parteien lautete hierbei jedoch nicht, die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen *generell* zu kürzen, sondern durch Sozialkürzungen in der Gruppe der Leistungsempfänger die Anreize für eine Arbeitsaufnahme zu erhöhen, um somit den Wohlfahrtsstaat zukunftsfest zu machen.<sup>35</sup> Damit geriet die SAP immer mehr in die politische Defensive und verlor die inhaltliche sowie sprachliche Deutungshoheit über das eigene wohlfahrtsstaatliche Projekt.

#### 4. Wahlkampf und Bündnispolitik – Themen und Strategien vor der Wahl

Die zwei bürgerlichen Wahlsiege sowie die strukturellen Krisenerscheinungen der SAP hatten die Partei noch stärker verunsichert. Nach der Übernahme des Parteivorsitzes durch Stefan Löfven im Januar 2012 bestand das Ziel der SAP darin, Berechenbarkeit und Stabilität zu erlangen. Deshalb vermied es die Partei, größere inhaltliche und bündnispolitische Risiken vor der Wahl 2014 einzugehen. Löfven erklärte daher in der schwedischen Tageszeitung *Dagens Nyheter*, dass die Partei diesmal alleine in den Wahlkampf gegen wolle, obwohl seine Partei die Grünen als natürlichen Kooperationspartner ansehe.<sup>36</sup> Außerdem öffnete sich Löfven im Vorfeld der Wahl für blockübergreifende Bündnisse mit der liberalen Volkspartei und der Zentrumspariei. Die Intention dieser Öffnung bestand darin, den bürgerlichen Block zu schwächen und sich damit wieder mehr Koalitionsoptionen zu erarbeiten. Allerdings erwiderten die kleinen bürgerlichen Parteien die Avancen von Löfven vor der Wahl nicht.

Der Parteienwettbewerb konvergierte ab 2013 deutlich im Zentrum des politischen Spektrums, weil sich die Sozialdemokraten mit ihrer neuen Plattform als »Zukunftspartei« wieder als moderne Arbeitnehmerpartei zu präsentieren versuchten.<sup>37</sup> Das neue Etikett der »Zukunftspartei« kann als Antwort darauf verstanden werden, dass die SAP bei den Wahlen 2006 und 2010 bei großstädtischen Wählermilieus und breiten Arbeitnehmerschichten an Rückhalt verloren hat. Während sich die Sozialdemokraten und die bürgerliche Regierung wirtschaftspolitisch weiter annäherten, bekamen im Gegenzug die parteipolitischen Ränder immer mehr Aufwind.<sup>38</sup> Das schwedische Parteiensystem polarisierte sich zunehmend, da die Erfolge der Schwedendemokraten an

34 Vgl. Matthias Bengtsson, »Utanförskapet och underklassen. Mot en selektiv välfärdspolitik« in: *Fronesis*, Nr. 40–41 (2012), S. 177–188, hier S. 186.

35 Das Wahlmanifest der »Allianz« im Jahr 2006 lautete deshalb auch »Mehr in Arbeit – mehr zu teilen« (Fler i arbete – mer att dela på).

36 Vgl. Stefan Löfven / Carin Jämtin, »Vinner vi är vi beredda att regera över blockgränsen« in: *Dagens Nyheter*, 8.11.2013.

37 Vgl. Jens Gmeiner, »Die »Zukunftspartei« Schwedens? Die Schwedische Sozialdemokratie zwischen erfolgreicher Vergangenheit und unsicherer Zukunft« in: *Internationale Politikanalyse der FES*, Berlin 2013.

38 Vgl. Nicholas Aylott / Niklas Bolin, »Polarising Pluralism: The Swedish Parliamentary Election of September 2014« in: *West European Politics* 38, Nr. 3 (2015), S. 730–740, hier S. 732.

der rechten Flanke eine Gegenmobilisierung der Feministischen Initiative und der Grünen zur Folge hatte.<sup>39</sup> Für den schwedischen Journalisten Torbjörn Nilsson verschob sich die politische Debatte in Richtung immaterieller Themen, die sich mehr um Identitätsfragen und Utopien als um ökonomische Sachverhalte drehen würden.<sup>40</sup>

Die Europawahl in Schweden im Mai 2014 bestätigte diesen Trend, wo insbesondere die Grünen mit 15,4 Prozent, die Schwedendemokraten mit 9,7 Prozent und die Feministische Initiative mit 5,5 Prozent erhebliche Stimmengewinne verzeichneten, während die Liberalen und die Moderaten kräftig Stimmen einbüßen mussten.<sup>41</sup> Die oppositionellen Sozialdemokraten verfehlten das Ziel, ihre Stimmenanteile auszubauen und ein klares Aufwärtssignal für die Reichstagswahl zu geben und verharrten bei 24 Prozent.

Thematisch drehte sich der Wahlkampf zur Reichstagswahl 2014 überwiegend um die Bildungspolitik und die Qualität des öffentlichen Sektors. Das schwedische Bildungssystem, das einst als Vorbild für die deutsche Bildungsmisere herangezogen wurde, schnitt nach der Ende 2013 veröffentlichten PISA-Studie in allen untersuchten Bereichen deutlich schlechter ab als im Jahr 2009. Die Leistungen der schwedischen Schüler verschlechterten sich nach der Studie wie in keinem der untersuchten Länder.<sup>42</sup> Die Ergebnisse der Studie gaben den Mitte-Links-Parteien die Möglichkeit, die Öffnung des öffentlichen Schul- und Pflegesektors für private Dienstleister auf die Agenda zu setzen, welche die bürgerliche Regierung in ihrer Amtszeit intensiviert hatten. Speziell die Linkspartei sprach sich für ein komplettes Verbot für Gewinne im öffentlichen Sektor aus, während die Sozialdemokraten striktere Qualitätskontrollen, aber kein grundlegendes Gewinnverbot forderten. Die Mitte-Links-Parteien warfen der bürgerlichen Regierung allgemein vor, den Wohlfahrtsstaat zugunsten von Steuererleichterungen beschnitten zu haben. Konnten die bürgerlichen Parteien bei den Wahlen 2006 und 2010 noch mit Steuersenkungen, der Thematisierung der Arbeitslosigkeit und ihrem charismatischen Führungspersonal punkten, drehte sich die Wahl 2014 um »mehr Gleichheit, bessere Wohlfahrt und bessere Schulen.«<sup>43</sup>

Dafür dürfte auch der medienwirksame »Mittelklasseaufstand« (*medelklassupproret*) mehrerer Frauen aus der westschwedischen Großstadt Göteborg beigetragen haben.<sup>44</sup> Drei Frauen starteten einen Aufruf über *Facebook* gegen weitere Steuersenkungen der bürgerlichen Regierung, weil diese nach Ansicht der Initiatorinnen die Kluft zwischen den armen und reichen Bevölkerungsschichten noch weiter verschärft hätten. In einem Debattenartikel in der sozialdemokratischen Tageszeitung *Aftonbladet* forderten die

39 Vgl. ebd., S. 732.

40 Vgl. Nilsson, *Maktens mardröm*, aaO. (FN 2).

41 Vgl. die amtlichen Ergebnisse der Europawahl 2014 (<<http://www.val.se/val/ep2014/slutresultat/E/rike/>> am 6.4.2015).

42 Vgl. Ossi Carp, »Sverige sänkt i klassen« in: *Dagens Nyheter*, 3.12.2013.

43 Mette-Line Thorup, »Da Reinfeldt tabte folkhemmet – og Sverige« in: *Information*, 6.9.2014 (<<http://www.information.dk/508560>> am 6.4.2014).

44 Die Positionen der Bewegung sind abrufbar unter (<<http://medelklassupproret.se/wordpress/>> am 6.4.2014).

drei Frauen mehr Ressourcen für den Wohlfahrtsstaat und widersprachen dem gezeichneten Bild einer Mittelklasse, die nur nach ihrem eigenen finanziellen Vorteil wählen würde.<sup>45</sup> Die Regierung Reinfeldt hatte seit ihrem Amtsantritt 2006 die Einkommensteuern fünf Mal gesenkt, die Vermögenssteuer abgeschafft und die Mehrwertsteuer für haushaltsbezogene Dienstleistungen reduziert.<sup>46</sup>

Schweden war bereits im Mai 2013 in mediale Schlagzeilen geraten, weil in dem sozial schwachen Stockholmer Vorort Husby jugendliche Krawalle ausbrachen und Brandanschläge gegen Schulen und Autos verübt wurden.<sup>47</sup> Die nachfolgende Debatte um die Ursachen dieser Krawalle wurde kontrovers geführt. Während die Sozialdemokraten der bürgerlichen Regierung vorwarfen, mit ihrer Privatisierungs- und Steuerpolitik die soziale Ungleichheit und die Armut in den sozial schwachen Vorstädten befördert zu haben, argumentierte die Regierung, dass es sich bei den Krawallen vor allem um einzelne jugendliche Gewalttäter handele.

Zwar liegt Schweden noch immer auf einem weit überdurchschnittlichen Niveau, wenn es um ökonomische Gleichheit und die Lebensverhältnisse geht, aber der Anteil der relativen Armen hat sich zwischen den Jahren 1995 und 2010 mehr als verdoppelt wie eine Studie der OECD besagt.<sup>48</sup> Dass die bürgerliche Regierung seit dem Jahr 2006 diesen Trend mit der Kürzung von Leistungen für Arbeitslose und Krankengeschriebene noch verstärkt hat, darf nicht darüber hinweg täuschen, dass der Beginn dieser Entwicklung am Ende der 1990er Jahren unter einer sozialdemokratischen Regierung eingesetzt hat. Die Krawalle in den meist von Migranten bewohnten Vorstädten gossen zudem Wasser auf die Mühlen der rechtspopulistischen Schwedendemokraten. Den Schwedendemokraten war die liberale Immigrations- und Asylpolitik schon lange ein Dorn im Auge und sie versprachen sich mit einer ethnisch aufgeladenen Debatte um die Krawalle in den Vorstädten, weiteren Rückenwind bis zur Parlamentswahl.

Interessant war, dass bis zum Sommer 2014 – abseits der Schwedendemokraten – keine Thematisierung der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik stattgefunden hatte. Erst Ende Juli, als die Migrationsbehörde prognostizierte, dass in Schweden bis zum Ende des Jahres 80 000 Flüchtlinge ankommen würden, setzte Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt diese Thematik auf seine politische Agenda. Reinfeldt sprach davon, dass die Kosten für die Flüchtlingswellen in Zukunft den finanziellen Reformspielraum begrenzen und zu gesellschaftlichen Spannungen führen könnten. Er forderte die schwedischen Bürger gleichwohl auf, ihre Herzen für die Verfolgten überall auf der Welt zu öffnen und weiterhin eine liberale Flüchtlingspolitik zu unterstützen.<sup>49</sup>

45 Siehe hierzu den Debattenartikel von Anna Johansson / Hedvig Kalén / Anita Beckman, »Vi har mer än bara nya kök i huvudet« in: *Aftonbladet*, 17.9.2013.

46 Vgl. Jochem, Die schwedische Reichstagswahl vom 19. September 2010, aaO. (FN 27), S. 122.

47 Vgl. Jens Gmeiner, »Brandflecken in Bullerbü. Über den Aufruhr in Schwedens Vorstädten« in: *Indes. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft*, Nr. 4 (2013), S. 44–48.

48 Siehe Daten der OECD (<<http://www.oecd.org/els/soc/OECD2013-Inequality-and-Poverty-8p.pdf>> am 7.4.2014).

49 Vgl. Hans Rosén, »Reinfeldt: Öppna era hjärtan för de utsatta« in: *Dagens Nyheter*, 16.8.2014.

Während die Sozialdemokraten Reinfeldt dafür kritisierten, dass er öffentlich Flüchtlinge mit finanziellen Kosten in Verbindung brachte, fürchteten andere Kommentatoren, dass Reinfeldt mit seinen Aussagen den Schwedendemokraten Rückenwind verschaffen könnte. Strategisch zielten Fredrik Reinfeldts Aussagen aber vermutlich in eine andere Richtung. Er versuchte damit, die Debatte gegen Ende des Wahlkampfes wieder in Richtung Wirtschaftskompetenz und Regierungsfähigkeit zu lenken, um die Mitte-Links-Parteien an ihrem wunden Punkt zu treffen.<sup>50</sup> Es liegt die Vermutung nahe, dass die Moderaten mit diesem strategischen Schachzug erneut für ein Krisenbewusstsein in der schwedischen Bevölkerung sorgen wollten, um ihre beiden charismatischen Zugpferde Fredrik Reinfeldt und Anders Borg als vertrauenswürdige Krisenmanager zu inszenieren. Diese Personalisierungsstrategie<sup>51</sup> hatte schon während der Finanzkrise nach 2008 die Umfragewerte der Moderaten gesteigert und das Vertrauen in die bürgerliche Regierung gestärkt.<sup>52</sup>

Bis zum Ende des Wahlkampfes blieb – im Gegensatz zur Wahl 2010 – die »Regierungsfrage« relativ unklar. Die bürgerlichen Parteien hatten im Vorfeld jegliche Kooperationen mit den Schwedendemokraten abgelehnt und wollten im Falle einer Mehrheit der Mitte-Links-Parteien die Regierungsgeschäfte abgeben. Die Fragmentierung der Mitte-Links-Parteien kam der bürgerlichen Regierung sehr gelegen, da sie vor einer schwachen sozialdemokratischen Regierung warnten, die möglicherweise auf die Linkspartei und Feministische Initiative angewiesen sein könnte.<sup>53</sup> Allerdings gingen die Sozialdemokraten im Vorfeld der Wahl kein Risiko in der Bündnispolitik ein, wohlwissend, dass eine zu enge Kooperation mit der Linkspartei von der »Allianz« wahltaktisch instrumentalisiert werden konnte.

### 5. Die Reichstagswahl 2014: Ergebnisse und Analysen

Obwohl die bürgerlichen Parteien gegen Ende des Wahlkampfes noch kräftig in den Umfragen aufholten, gelang es ihnen nicht, zum dritten Mal in Folge eine Mehrheit gegen den Mitte-Links-Block zu erzielen (vgl. Tabelle 2). Alle vier bürgerlichen Parteien

50 Vgl. Torbjörn Nilsson, »Priset på röster i Rosenbad« in: *Fokus*, 22.8.2014.

51 Edgar Grande argumentiert, dass es in hochkomplexen medialisierten »Verhandlungsdemokratien« anderer Instrumente der Komplexitätsreduktion bedürfe, die nicht mehr in ideologischen und religiösen Weltbildern zu finden sei. Deshalb, so Grandes These, werde »die Funktion der politischen Komplexitätsreduktion zunehmend von der *Person des Politikers* selbst übernommen.« Edgar Grande, »Charisma und Komplexität: Verhandlungsdemokratie, Mediendemokratie und der Funktionswandel politischer Eliten« in: *Leviathan* 28, Nr. 1 (2000), S. 122-141, hier S. 134.

52 Das Manko früherer bürgerlicher Regierungen in Schweden bestand darin, dass diese fast immer in ökonomischen Krisenzeiten regierten und ein relativ schlechtes Krisenmanagement an den Tag legten. Ökonomische Kernkompetenz wurde somit größtenteils mit den Sozialdemokraten verbunden. Vgl. Gmeiner, Die schwedische Parlamentswahl 2010, aaO. (FN 19), S. 82.

53 Vgl. Göran Eriksson, »Ett rödgrönrosa spöke hemsöker borgerligheten« in: *Svenska Dagbladet*, 19.6.2014.

mussten Stimmeneinbußen verzeichnen, allerdings fielen die Verluste mit 6,8 Prozentpunkten bei den Moderaten besonders hoch aus. Die Moderaten kamen nur noch auf 23,3 Prozent der Stimmen. Hingegen konnten die Sozialdemokraten nicht von dieser Schwäche des politischen Gegners profitieren und erzielten mit 31 Prozent der Stimmen nur marginale Zugewinne. Die Grünen, die bei der Europawahl im Mai 2014 noch ein fulminantes Ergebnis von über 15 Prozent der Stimmen erreicht hatten, mussten mit knapp sieben Prozent leichte Verluste zur Reichstagswahl vor vier Jahren hinnehmen. Die Grünen verloren nach ersten Untersuchungen Wähler an die Feministische Initiative, die vor allem bei jungen weiblichen Wählern in den Großstädten reüssieren konnte. Die Linkspartei stabilisierte sich zwischen fünf und sechs Prozent, während die Feministische Initiative mit 3,1 Prozent den Sprung ins Parlament verfehlte. Die Liberalen, die nach der Wahl 2010 mit über sieben Prozent zur zweitstärksten Partei der »Allianz« aufgestiegen waren, mussten ihren Platz an die Zentrumspartei abgeben, die mit 6,1 Prozent dennoch leichte Verluste verbuchte. Die Mitte-Links-Parteien kamen insgesamt auf 43,6 Prozent, während die »Allianz« nur noch 39,4 Prozent erreichte. Die großen Gewinner der Wahl stellten die Schwedendemokraten dar. Die Partei erreichte fast 13 Prozent und konnte mehr als sieben Prozentpunkte dazu gewinnen. Die Wahlbeteiligung lag mit 85,8 Prozent um 1,2 Prozentpunkte höher als im Jahr 2010.

Tabelle 2: Wahlergebnisse und Veränderungen bei den Reichstagswahlen 2010 und 2014

	Stimmen % 2014	Stimmen % 2010	Veränderung in Prozentpunkten
Sozialdemokraten	31,0	30,7	+0,3
Grüne/ Umwelpartei	6,9	7,3	-0,4
Linkspartei	5,7	5,6	+0,1
Linker Block	43,6	43,6	0,0
Moderate	23,3	30,1	-6,8
Zentrumspartei	6,1	6,6	-0,5
Liberales	5,4	7,1	-1,7
Christdemokraten	4,6	5,6	-1,0
Allianz	39,4	49,4	-10,0
Schweden- demokraten	12,9	5,7	+7,2
Wahlbeteiligung	85,8	84,6	+1,2

Quelle: Gerundete Daten der schwedischen Wahlbehörde 2010 und 2014, (<<http://www.val.se/val/val2014/slutresultat/R/rike/index.html>> am 7.4.2015).

Erste Analysen der Wahl zeigen, dass auch in Schweden die Wählervolatilität gestiegen und die Wählerbindungen weiter abgenommen haben.<sup>54</sup> Die schwedischen Wähler entschieden sich für die Wahl einer Partei noch später als vier Jahre zuvor. 2010 gaben 30 Prozent der Wähler an, erst am Wahltag oder in der letzten Woche ihre Wahlentscheidung getroffen zu haben. Bei der Wahl 2014 stieg dieser Wert auf 34 Prozent.

Bemerkenswert und erklärungsbedürftig sind die drastischen Abwanderungsbewegungen der Moderaten. Die Partei verlor Wähler an die Sozialdemokraten, allerdings waren die meisten Wählerbewegungen in Richtung der Rechtspopulisten zu verzeichnen. Jeder dritte Wähler der Schwedendemokraten hatte vier Jahre zuvor noch für die liberal-konservativen Moderaten gestimmt. Stimmen aus dem konservativen Lager sahen die überdurchschnittlichen Verluste der Moderaten darin begründet, dass die »neuen Moderaten« unter Reinfeldt eine zu liberale Integrationspolitik verfolgt und die Kürzungen des Verteidigungshaushalts vorangetrieben hätten. Einstige konservative Kernthemen seien, so die ehemalige Vorsitzende des Jugendverbandes der Moderaten (MUF), Tove Lifvendahl, vernachlässigt und durch den liberalen Anpassungskurs von Fredrik Reinfeldt in den Hintergrund geraten.<sup>55</sup>

Die Schwedendemokraten, das zeigen die ungewichteten Daten der Wahluntersuchung, hatten bei der Wahl 2014 von allen Parteien den höchsten Anteil an »treuen« Wählern. 79 Prozent der Wähler, die 2010 für die Partei votierten, stimmten auch diesmal für die Schwedendemokraten. Die Sozialdemokraten folgten kurz dahinter mit 78 Prozent, während nur 63 Prozent der Wähler von 2010 den Moderaten vier Jahre später erneut ihre Stimme gaben.

Blickt man auf die sozialstrukturellen, demografischen und geografischen Daten der Reichstagswahl 2014, können folgende Schlüsse gezogen werden: Die Sozialdemokraten bekamen am meisten Unterstützung von Krankgeschriebenen, Arbeitslosen und Arbeitern. Jedes zweite Mitglied (51 Prozent) der klassischen Arbeitergewerkschaften (LO) stimmte für die Sozialdemokraten, während die Mitglieder der Angestelltengewerkschaften (TCO) und der Akademikergewerkschaften (SACO) nur mit 29 respektive 20 Prozent für die Partei votierten. Unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielten die Sozialdemokraten bei Angestellten mit 23 Prozent, Studierenden mit 21 Prozent und Selbstständigen mit 15 Prozent. Die schwedischen Sozialdemokraten erhielten am meisten Zuspruch von Wählern über 65 Jahren, während sie bei Erstwählern nur 20 Prozent gewinnen konnte.

Die Moderaten haben traditionell ihre Kernklientel in der oberen Mittelklasse und bei Selbstständigen in gut situierten Gegenden, obwohl der Partei in den letzten Jahren auch Einbrüche in das Arbeitermilieu gelungen sind. 36 Prozent der Selbstständigen und Unternehmer stimmten auch bei dieser Wahl für die Partei. 26 Prozent der Angestellten und 22 Prozent der Anhänger der Angestelltengewerkschaften votierten für die

54 Hierzu und folgend beziehe ich mich auf die ungewichteten Daten und Statistiken der Wahluntersuchung des schwedischen Staatsfernsehens, SVT: *s vallokallundersökning. Riksdagsvalet 2014* (<[http://www.svt.se/svts/article2323667.svt/binary/SVT\\_ValuResultat\\_rikdagsval\\_2014\\_PK\\_0914.pdf](http://www.svt.se/svts/article2323667.svt/binary/SVT_ValuResultat_rikdagsval_2014_PK_0914.pdf)> am 7.4.2015).

55 So Tove Lifvendahl, »Moderat bakläxa« in: *Svenska Dagbladet*, 16.9.2014.

Moderaten. Bei den Wählern über 65 Jahren kamen die Moderaten mit 23 Prozent auf ein durchschnittliches Ergebnis.

Die Mitte-Links-Parteien unter Einbezug der Feministischen Initiative genossen hohen Zuspruch bei öffentlich Beschäftigten, während die Moderaten mehr Rückhalt bei Beschäftigten der Privatwirtschaft aufweisen konnten. Bei den jungen Wählern von 18 bis 21 Jahren erzielten insbesondere die kleineren Mitte-Links-Parteien Erfolge. Die Grünen kamen in diesem Wählersegment auf 15 Prozent, während die Feministische Initiative und die Linkspartei jeweils neun Prozent erhielten.

Die regionale Wahlkarte Schwedens ist traditionell in ein Nord-Süd-Gefälle und in eine Stadt-Land-Konfliktlinie gespalten. Während die Sozialdemokraten und teilweise die Linkspartei in den nördlichen Provinzen und den mittelgroßen Industriestädten ihre Hochburgen besitzen, sind die bürgerlichen Parteien besonders stark in den südschwedischen Provinzen und den Großstädten. Diese regionalen Muster ließen sich auch bei der Reichstagswahl 2014 beobachten. Die Liberalen und insbesondere die Moderaten besaßen ihre Hochburgen in der Hauptstadt und der Provinz Stockholm, wo zwanzig Prozent der schwedischen Bevölkerung lebt. Die Grünen und die Feministische Initiative erzielten ebenfalls ihre besten Ergebnisse in den Großstädten Stockholm, Göteborg und Malmö.

#### 6. Der Erfolg der Schwedendemokraten – Wähler und Erklärungsmuster

Spiegelbildlich dazu verhalten sich die Wahlergebnisse der Schwedendemokraten, die in den Großstädten unterdurchschnittlich abschnitten. Die Hochburgen der Schwedendemokraten waren wie bei der Wahl 2010 die peripheren südschwedischen Regionen Blekinge und Schonen.<sup>56</sup> Allerdings zeigen die Zugewinne bei der Wahl 2014, dass die Rechtspopulisten weiter nach Norden vorgedrungen sind und deutliche Einbrüche in traditionelle Hochburgen der Sozialdemokratie verzeichnen können.<sup>57</sup>

Die Wähler der Schwedendemokraten besaßen im Vergleich zu den Wählern anderer Parteien ein viel geringeres Vertrauen in Politiker. Während das Vertrauen in die Politiker seit einigen Jahren sukzessive in der schwedischen Bevölkerung gewachsen ist, ist die Politikerverachtung der Wähler der Schwedendemokraten weiter angestiegen.<sup>58</sup> Ferner konnten die Rechtspopulisten davon profitieren, dass die Einwanderungsthematik von mehr Menschen als wichtiges Thema erachtet wurde, die Partei jedoch keine parteipolitische Konkurrenz von anderen Parteien um dieses Thema fürchten musste. Ebenfalls gewann die Frage der Altersversorgung bei dieser Wahl an Gewicht. Dabei konnten die Schwedendemokraten vor allem mit ihren wohlfahrtsschauvinistischen Politikvorstellungen bei älteren Wählern und Rentnern enorme Zuwächse verbuchen.<sup>59</sup>

56 Vgl. Gmeiner, Die Parlamentswahl 2010, aaO. (FN 19), S. 89.

57 Vgl. Fredrik Lennander, »S tappar stort – där SD går mycket starkt« in: *Expressen.se* (<<http://www.expressen.se/nyheter/val2014/s-tappar-stort--dar-sd-gar-mycket-starkt/>> am 7.4.2015).

58 Vgl. Tobias Brandel, »Föraktet drev väljare till höger« in: *Svenska Dagbladet*, 16.9.2014.

59 Vgl. ebd.

Die Strategie der Rechtspopulisten wohlfahrtsstaatliche Leistungen für »ethnische« Schweden gegen die angebliche »Masseneinwanderung« zu stellen, fand damit hauptsächlich bei Wählern Zuspruch, die die eigenen Sicherheiten und sozialstaatlichen Leistungen – gefühlt oder tatsächlich – durch die Einwanderung zur Disposition gestellt sahen (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Wähler der Schwedendemokraten nach Berufsstatus und Gewerkschaftszugehörigkeit

	Anteil in % für die Schwedendemokraten
<b>Erwerbstätige</b>	7
<b>Arbeitslose</b>	13
<b>Krankgeschriebene</b>	14
<b>Studierende</b>	5
<b>Arbeiter</b>	12
<b>Angestellte</b>	6
<b>Landwirte</b>	8
<b>Unternehmer/Selbstständige</b>	8
<b>LO (Arbeiterdachgewerkschaft)</b>	11
<b>TCO (Angestelltendachgewerkschaft)</b>	6
<b>SACO (Akademikerdachgewerkschaft)</b>	4

Quelle: Daten nach SVT:s vallokallundersökning, aaO. (FN 54), S. 16.

Gerade wenn ein Sozialstaat umfangreich ausgebaut ist wie in Schweden, können sich zwei Eigenschaften des Rechtspopulismus besonders gut verfestigen, argumentiert die Soziologin Karin Priester. Erstens die Kritik an einer »kartellartig agierende[n] Elite«<sup>60</sup>, die für den Niedergang des Sozialstaates verantwortlich gemacht wird. Zweitens kann sich eine »ethnisch-kulturelle Identitätspolitik«<sup>61</sup> verfestigen, die sich gegen den Universalismus der staatlichen Leistungen wendet.

Obwohl die Rechtspopulisten vornehmlich auch bei dieser Wahl von jüngeren Männern mit Arbeiterhintergrund gewählt wurden, hat sich die Partei mit ihrem wohlfahrtsstaatlichen Beschützerimage der »kleinen Leute« sozialstrukturell und demografisch erweitert.<sup>62</sup> Die Wahl 2014 hat die empirischen Untersuchungen von 2013 bestä-

60 Karin Priester, »Rechtspopulismus und Demokratie in Europa« in: *Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte*, Nr. 1-2 (2010), S. 58-62, hier S. 59.

61 Ebd., S. 59.

62 Vgl. Örjan Magnusson, »SD-väljarna finns nu i alla väljargrupper« in: *SVT Nyheter* (<<http://www.svt.se/nyheter/inrikes/sd-valjare-finns-nu-i-alla-grupper>> am 7.4.2015).



tigt, wo Anders Sannerstedt bereits konstatiert hat, dass »die Anhänger der Schwedendemokraten einigermaßen wie Durchschnittsschweden sind, aber dass die Unterstützung eine gewisse Konzentration bei Männern aus der Arbeiterklasse aufweist.«<sup>63</sup>

Die Politikwissenschaftlerin Ann-Cathrine Jungar sieht den Erfolg der Schwedendemokraten vornehmlich darin begründet, dass die Partei ihre lokale organisatorische Verankerung ausgebaut und ihre Mitgliederzahlen die letzten vier Jahre von 5 000 auf 12 000 steigern konnte.<sup>64</sup> Während alle anderen Parteien in Schweden die letzten Jahre Mitglieder verloren haben, konnten die Schwedendemokraten als einzige Partei ihre lokale Mitgliederbasis und Organisationsdichte in den schwedischen Kommunen sukzessive ausbauen.

### 7. Regierungsbildung, Regierungskrise und »Dezembervereinbarung«

Dem Sozialdemokraten Stefan Löfven kam nach der Wahl die schwierige Aufgabe zu, eine handlungsfähige Regierung zu bilden, was angesichts der Mehrheitsverhältnisse eine Herkulesaufgabe darstellte. Löfven benötigte mindestens drei Parteien, eine davon aus dem bürgerlichen Block, um eine parlamentarische Mehrheit zu sichern. Allerdings waren die Liberalen und die Zentrums Partei nach der Wahl nicht bereit, eine sozialdemokratisch geführte Regierung zu stützen. Die Blockpolitik bestand nach der Wahl 2014 zumindest im bürgerlichen Lager weiter fort. Zum anderen musste Löfven die Linkspartei punktuell einbinden, um bei der Verabschiedung des Haushalts mehr Stimmen als die vier Allianzparteien zu bekommen. Einen Tag nach der Wahl teilte Löfven dem Vorsitzenden der Linkspartei Jonas Sjöstedt allerdings mit, dass die Linkspartei nicht Teil einer sozialdemokratisch geführten Regierung sein werde.<sup>65</sup> Damit versuchte Löfven, blockübergreifende Kooperationen mit den bürgerlichen Parteien auch weiterhin in einer Minderheitsregierung zu ermöglichen. Es reicht im »negativen Parlamentarismus« aus, wenn die Regierung keine Mehrheit gegen sich hat, um Gesetze zu verabschieden. Die Regierung kann sich somit wechselnde Mehrheiten und Partner suchen, die einzelne Politikvorhaben mittragen. Die Sozialdemokraten gingen zu Recht davon aus, dass die Linkspartei eine sozialdemokratische Minderheitsregierung tolerieren würde und sich bei strittigen Themen enthielt, um bürgerliche Mehrheiten zu verhindern.

Drei Wochen nach der Wahl stellte Löfven seine neue rot-grüne Minderheitsregierung vor. Beide Parteien konnten zusammen nur 38 Prozent der Stimmen erzielen und 138 von 349 Sitzen im schwedischen Reichstag stellen. Die neue Regierung, so der schwedische Journalist Göran Eriksson, war damit die »schwächste seit drei Jahrzeh-

63 Anders Sannerstedt, »Sverigedemokraternas sympatisörer« in: Annika Bergström / Henrik Oscarsson (Hg.), *Mittfåra & Marginal. SOM-Undersökningen 2013*, Göteborg: SOM-institutet, S. 445-458, hier S. 451.

64 Vgl. Ann-Cathrine Jungar, »Organisation nyckel till SD:s framgång« in: *Svenska Dagbladet*, 15.9.2014.

65 Vgl. Frida Svensson, »Löfven gav rött ljus till Sjöstedt« in: *Svenska Dagbladet*, 16.9.2014.

ten«. <sup>66</sup> Hinzu kam, dass im Vergleich zu früheren sozialdemokratischen Regierungen relativ unerfahrene Politiker Ministerämter übernahmen. <sup>67</sup> Die Grünen wurden zum ersten Mal in ihrer Geschichte Koalitionspartner in einer Regierung, während die Sozialdemokraten die erste Koalitionsregierung seit dem Jahr 1951 stellten. <sup>68</sup>

Die Bewährungsprobe der schwachen Minderheitsregierung folgte Anfang Dezember, als sie ihren Haushaltsentwurf für das Jahr 2015 zur Abstimmung stellte. Löfven hatte sich dabei die Unterstützung der Linkspartei gesichert, verfügte aber nur über eine relative Mehrheit gegenüber dem bürgerlichen Block. Die Schwedendemokraten enthielten sich allerdings bei der Haushaltsabstimmung diesmal nicht wie informell üblich, sondern votierten für den gemeinsamen Budgetentwurf der vier bürgerlichen Oppositionsparteien. Der Fraktionsvorsitzende der Schwedendemokraten Mattias Karlsson, der den krankgeschriebenen Vorsitzenden Åkesson nach der Wahl vertrat, hatte bereits einen Tag vor der Abstimmung angekündigt, jeden Haushalt zu fällen, der mehr Einwanderung zulasse und den Grünen Einfluss über die Migrationspolitik gebe. <sup>69</sup> Ministerpräsident Löfven ging danach in die Offensive und kündigte an, Neuwahlen für den März 2015 anzuberaumen. Schweden geriet nicht einmal drei Monate nach der Wahl in eine schwere Regierungskrise.

Die Flucht nach vorne von Löfven erwischte die bürgerlichen Parteien offensichtlich auf dem falschen Fuß. Die Moderaten befanden sich nach der Wahlniederlage und dem angekündigten Rücktritt von Fredrik Reinfeldt in einem personellen und programmatischen Vakuum. Anna Kinberg Batra, die designierte Nachfolgerin von Fredrik Reinfeldt, sollte erst im März als neue Vorsitzende der Moderaten gewählt werden und war noch relativ unbekannt außerhalb der Partei. <sup>70</sup> Die Christdemokraten und die liberale Volkspartei näherten sich zudem nach der Wahl bedrohlich der Vier-Prozent-Hürde an, weshalb auch sie kein Interesse an einem erneuten Wahlkampf erkennen ließen. Umfragen deuteten ebenfalls an, dass sich an den schwierigen Mehrheitsverhältnissen mit einer Neuwahl nichts ändern würde. Die Schwedendemokraten konnten sogar auf noch mehr Unterstützung hoffen.

Am 27. Dezember traten die vier bürgerlichen Parteien und die Vertreter der rot-grünen Minderheitsregierung vor die Presse. Dabei verkündete Ministerpräsident Löfven, dass er die Neuwahlankündigung zurückgezogen habe und sich alle beteiligten Parteien auf eine gemeinsame Vereinbarung geeinigt hätten. Die Übereinkunft der sechs Parteien, auch »Dezembervereinbarung« genannt, soll Minderheitsregierungen mehr Spielraum eröffnen und für politische Stabilität und Berechenbarkeit sorgen. Vor allem war die Vereinbarung aber eine Reaktion auf die neue Machtfülle der Schweden-

66 Göran Eriksson, »Svagaste regeringen på tre decennier« in: *Svenska Dagbladet*, 4.10.2014.

67 Vgl. ebd.

68 Die damalige Koalitionsregierung bestand aus den Sozialdemokraten und dem Bauernbund (Bondeförbundet), der sich 1957 in Zentrumspartei umbenannte.

69 So Karlsson nach Robert Holender / Karin Eriksson, »SD fäller regeringens budgetförslag« in: *Dagens Nyheter*, 2.12.2014.

70 Vgl. zur Person Kinberg Batra das Portrait von Torbjörn Nilsson, »Gränslös Kandidat« in: *Fokus*, 31.10.2014.

demokraten, die jeden Haushalt einer Regierung zu Fall bringen wollten, der nicht ihren Forderungen entsprach.<sup>71</sup> In der »Dezembervereinbarung« wurde unter anderem festgehalten, dass sich zukünftig die Oppositionsparteien verpflichten, den Haushalt einer Regierung passieren zu lassen und der Haushalt als Gesamtpaket verabschiedet werden muss. Zudem wurden blockübergreifende Kooperationen in der Verteidigungs-, Renten- und Energiepolitik verabredet.<sup>72</sup> Die Vereinbarung soll nach der Selbstverpflichtung der beteiligten Parteien bis in das Jahr 2022 Bestand haben.

Die »Dezembervereinbarung« der sechs Parteien hat somit die parlamentarische Krise nach der Wahl 2014 in Schweden vorerst beendet, die Ursachen für die schwierigen Mehrheitsverhältnisse gehen jedoch tiefer und sind insbesondere struktureller Natur. Zum einen hat die milieuübergreifende Integrationskraft der schwedischen Sozialdemokratie nachgelassen. Die Partei besitzt immer weniger Stammwähler und muss sich in einer fragmentierten Parteienlandschaft mit gewandelten Konfliktmustern neuen Konkurrenten stellen.<sup>73</sup> Damit sind sozialdemokratische Alleinregierungen kaum mehr möglich und neue Bündnisoptionen werden notwendig, um die strukturelle Schwäche der SAP auszugleichen.

Die liberal-konservativen Moderaten haben sich unter Fredrik Reinfeldt gesellschaftspolitisch weitgehend liberalisiert und ihre inhaltliche Wähleransprache vornehmlich an globalisierungsaffine urbane Wählergruppen gerichtet. Die Abwanderungsprozesse in ländlich peripheren Regionen von den Moderaten hin zu den Schwedendemokraten können allerdings nicht nur monokausal auf die Frage der Einwanderung zurückgeführt werden, weil in den Hochburgen und Zuwachsregionen der Schwedendemokraten relativ wenige Migranten wohnen. Es liegt die Vermutung nahe, so die Publizistin Ulrika Knutson, dass die Zugewinne der Schwedendemokraten ebenfalls als peripherer Protest gegen die Ausdünnung von öffentlicher Infrastruktur im ländlichen Raum zu deuten sind.<sup>74</sup>

Zum anderen wird der sozio-ökonomische *Cleavage*, der das Parteiensystem in Schweden lange dominiert hat, zunehmend ergänzt durch eine kulturelle Konfliktlinie, die dezidiert ethnische Debatten und Wertfragen in den Vordergrund rückt. Da die Schwedendemokraten die einzige Partei sind, die sich gegen eine liberale Einwanderungs- und Asylpolitik stellen, hat sich hier für die Rechtspopulisten Raum eröffnet, ihr Kernthema auf die Agenda zu setzen und sich als einzige Anti-Establishment-Partei zu inszenieren.

Es ist folglich eher unwahrscheinlich, dass die Rechtspopulisten in naher Zukunft – wie in den Nachbarländern Dänemark und Norwegen – in den Mitte-Rechts-Block

71 Diese Blockadehaltung der Schwedendemokraten soll auch bürgerliche Haushaltsentwürfe treffen, obwohl die Schwedendemokraten in der Legislaturperiode von 2010 bis 2014 mehrheitlich für die Gesetzesvorlagen der Allianzregierung gestimmt haben.

72 Die »Dezembervereinbarung« ist abrufbar unter <<http://www.socialdemokraterna.se/upload/December%C3%B6verenskommelsen.pdf>> (am 7.4.2015).

73 Nur noch 20 bis 25 Prozent der Wähler können als Stammwähler bezeichnet werden. Vgl. Claes Lönegård / Torbjörn Nilsson, »Kamrat 25 Procent« in: *Fokus*, 12.9.2014.

74 Vgl. Ulrika Knutson, »Missnöjets kostym« in: *Fokus*, 19.9.2014.

eingebunden werden. Somit dürfte es auch perspektivisch schwieriger werden, stabile parlamentarische Mehrheiten in Schweden zu sichern. Auch deshalb, weil die Grünen als fester Koalitionspartner der Sozialdemokraten ihre Mitteposition aufgegeben haben und die bürgerlichen Oppositionsparteien ihre gemeinsame Einigkeit weiterhin nach außen demonstrieren. Darüber kann auch die »Dezembervereinbarung« nicht hinwegtäuschen, die als *Selbstverpflichtung* der sechs Parteien bis ins Jahr 2022 nicht in Stein gemeißelt ist.

Eines ist jedoch sicher: Die Reichstagswahl 2014 war ein Wendepunkt in der schwedischen Parteiengeschichte. Der schwedische Exzeptionalismus, der sich lange Zeit durch eine dominante Sozialdemokratie, eine hohe soziale und ökonomische Gleichheit sowie schwache Rechtspopulisten auszeichnete, ist damit endgültig vorüber. Das imaginäre Konstrukt eines »nordischen Musterlandes«, so wie Schweden – bewusst oder unbewusst – häufig bezeichnet wurde, bekommt somit unverkennbare Risse. Darin liegt zugleich eine große wissenschaftliche Chance, denn gerade durch die Erosionstendenzen von zentralen Fundamenten schwedischer Politik und dem Erfolg rechtspopulistischer Parteien, werden differenzierte Forschungsbemühungen abseits stereotyper Zuschreibungen zukünftig umso dringlicher.

### *Zusammenfassung*

Die schwedische Reichstagswahl 2014 sorgte für keine eindeutigen Mehrheiten. Die bürgerliche Vier-Parteienkoalition, die acht Jahre regiert hatte, wurde abgewählt. Jedoch ist die neue rot-grüne Minderheitsregierung – unterstützt durch die Linkspartei – mit 38 Prozent der Stimmen die schwächste Regierung seit 30 Jahren. Die rechtspopulistischen Schwedendemokraten stiegen mit 13 Prozent zur drittstärksten Partei auf. Die rot-grüne Minderheitsregierung scheiterte daran, ihren Haushaltsentwurf zu verabschieden, weil die Schwedendemokraten für den Entwurf der vier bürgerlichen Oppositionsparteien stimmten. Schweden wurde damit nach der Wahl in eine dramatische Regierungskrise gestürzt. Neuwahlen konnten gleichwohl durch eine Vereinbarung der Regierung und der vier bürgerlichen Parteien abgewendet werden. Die Wahl 2014 verkörperte somit einen Wendepunkt und steht für das Ende des schwedischen Exzeptionalismus, der sich durch eine außerordentlich starke Sozialdemokratie sowie relativ schwache Rechtspopulisten auszeichnete.

### *Summary*

The parliamentary election in Sweden 2014 did not lead to clear majorities. The center-right coalition that had governed for eight years was voted out of office. However, the new elected red-green minority government – supported by the left party – has been the weakest government for 30 years with its 38 per cent of the votes. The far-right populist Sweden Democrats became the third largest party gaining 13 per cent of the votes. The red-green minority government failed to adopt its budget because the Swe-

den Democrats voted for the proposal of the four center-right opposition parties. Hence, Sweden suffered a dramatic parliamentary crisis after the election. Indeed, snap elections could be avoided by an agreement passed by the government and the four center-right parties. The election 2014 is thus a turning point and stands for the end of Swedish exceptionalism that combined a remarkably strong social democracy and relatively weak right-wing populists.

*Jens Gmeiner*, The Swedish Parliamentary Election on 14<sup>th</sup> September 2014 – Difficult Political Majorities and the End of Swedish Exceptionalism

# Extremismus im Fokus



## Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D)

27. Jahrgang 2015

Herausgegeben von Prof. Dr. Uwe Backes,  
Prof. Dr. Alexander Gallus und Prof. Dr. Eckhard Jesse

2015, 514 S., geb., 79,— €

ISBN 978-3-8487-2522-9

eISBN 978-3-8452-7138-5

[www.nomos-shop.de/26556](http://www.nomos-shop.de/26556)

Das Jahrbuch „Extremismus & Demokratie“ fördert die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Problemkreis des Links- und Rechtsextremismus sowie des Fundamentalismus. Es versteht sich als Diskussionsforum, Nachschlagewerk und Orientierungshilfe zugleich. Der 27. Band dokumentiert, kommentiert und analysiert umfassend die Entwicklung im Berichtsjahr 2014.



Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar unter:  
[www.nomos-elibrary.de](http://www.nomos-elibrary.de)

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.  
**Portofreie Buch-Bestellungen unter [www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)**  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



**Nomos**